Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Rede
Nr. 274/2026
Kiel, 08.10.2026

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Kulturelle Vielfalt erhalten!

„Gesellschaftlich gesehen ist die KSK eine bewusste Unterstützung des Kulturbereiches. Die Versicherten bringen die Hälfte der Leistungen selbst auf, die Verwerter tragen mit 30 % bei und der Bund schießt 20 % dazu. Diese Unterstützung könnte ausgeweitet werden: sowohl was die Verwerter angeht, aber eben auch den Bund.“

Rede zu Protokoll gegeben - Christian Dirschauer zu TOP 24 - Soziale Absicherung für freischaffende Künstlerinnen und Künstler nachhaltig stärken (Drs. 20/4841)

Der Antrag der SPD ist zu unterstützen. Denn er greift eine ganz konkrete Lücke in der sozialen Absicherung freischaffender Künstlerinnen und Künstler auf.
Gerade im kreativen Bereich hat sich die KSK bewährt. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Altersvorsorge, weil sie die Auftraggeber zur Finanzierung heranzieht. Die sogenannten Verwerter wie Museen, Verlage, aber auch Presseagenturen oder Galerien sind abgabepflichtig. Es muss also nicht der Clown oder die Cellistin selbst mit dem Auftraggeber streiten, sondern das erledigt für sie eine starke Institution. Das würde man sich ja an anderer Stelle auch ab und an mal wünschen.
Andererseits verdienen die wenigsten Künstler*innen große Summen. Den aktuellen Zahlen nach verfügen die KSK-Versicherten über ca. 21. 000 Euro Jahreseinkommen. Und viele Künstler*innen unterschreiten diesen Betrag. Für die KSK liegt die Geringfügigkeitsgrenze bei den Einnahmen abzüglich der Betriebsausgaben bei jährlich 3.900€. Die Künstlersozialversicherung ermöglicht auch bei vergleichsweise geringen künstlerischen Einkommen den

Zugang zur gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung. Die Versicherten tragen dabei grundsätzlich nur etwa die Hälfte der Beiträge selbst. Das ist eine enorme Erleichterung. Aber die KSK ersetzt eben nicht das fehlende Einkommen, wenn zwischen zwei Aufträgen eine längere Pause liegt oder über Monate an einem neuen Werk gearbeitet wird. Und genau deshalb ist die jetzt vorgeschlagene zusätzliche Absicherung so wichtig.
Das ist der Grund, warum sich viele Künstler*innen sehr bemühen, in der KSK aufgenommen zu werden. Gesellschaftlich gesehen ist die KSK eine bewusste Unterstützung des Kulturbereiches. Die Versicherten bringen die Hälfte der Leistungen selbst auf, die Verwerter tragen mit 30 % bei und der Bund schießt 20 % dazu. Diese Unterstützung könnte ausgeweitet werden: sowohl was die Verwerter angeht, aber eben auch den Bund. Für uns als SSW ist dabei klar: Wenn die Künstlersozialversicherung zusätzliche Aufgaben übernehmen soll, muss auch ihre Finanzierung langfristig gesichert sein. Eine zusätzliche Absicherung darf jedenfalls nicht dazu führen, dass ausgerechnet die Künstlerinnen und Künstler mit ihren ohnehin häufig niedrigen Einkommen die Hauptlast tragen müssen. Hier sind auch der Bund und die Verwerter in der Verantwortung.
Denn ich höre oft, dass die Künstler*innen für ihre Selbständigkeit einen hohen Preis bezahlen, denn sie können mit den geringen Honoraren kaum Rücklagen bilden. Auch wenn keine geschlossene Erwerbsbiografie vorliegt, wird es problematisch mit der KSK. Diese ist trotz der Anpassungen der letzten Jahre zu unflexibel. Die Beratung klappt zwar gut, aber wenn die Leistungen fehlen, hilft sie auch nicht. Themen wie Teilzeit, Lehre, Kooperationen mit anderen Künstler*innen oder neue Berufsbilder sind alles Bereiche, bei denen sich die KSK schwertut. Das müsste sich ändern. Inwieweit der KSK-Beirat bei diesem Kurswechsel eingebunden werden könnte, müsste ausgelotet werden. Aber die Richtung muss sein: Die KSK muss den neuen Realitäten auf dem Kunst-Markt besser folgen.
Letztlich geht aber kein Weg vorbei an fairen Honoraren. Ein Beispiel ist der NDR, der sich erst nach ernsten Auseinandersetzungen zu Honorarvereinbarungen mit den freien Journalist*innen bewegte. Viele Künstler*innen stehen aber ihrem Verwerter allein gegenüber und das drückt die Honorare. Die KSK darf nicht zum Puffer für unfaire Honorare werden.
Das gilt besonders auch für die öffentliche Hand, die ja selbst zu den Verwertern gehört. Sie sollte mit gutem Beispiel vorangehen. Deshalb ist die zusätzliche Säule der Künstlersozialversicherung ein wichtiger und richtiger Schritt. Aber sie kann nur ein Baustein sein. Wir brauchen eine langfristig stabile Finanzierung, bessere Lösungen für unterschiedliche Erwerbsbiografien und vor allem faire Honorare. Denn wer kulturelle Vielfalt erhalten will, muss auch dafür sorgen, dass diejenigen, die sie schaffen, von ihrer Arbeit leben können.